

Breslauer



Zeitung.

Nr. 25.

Donnerabend den 25. Januar

1851.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Dresden, 23. Januar, Mittags 12 Uhr. Der Ministerpräsident von Montenucci und der Fürst Schwarzenberg werden zum 2. Februar hier erwartet. Bis dahin sollen die Vorarbeiten der beiden Verfassungskommissionen beendet und die Instruktionen der Regierungen über die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen eingetroffen sein. Von Sachsen wird der Zollkongress zu Wiesbaden beschickt werden, und auch von Baiern und Württemberg wird dasselbe behauptet.

Paris, 21. Januar, Abends 8 Uhr. Lamartine hat ein ihm angebotenes Ministerium ausgeschlagen. Die Ministerliste, auf welcher die Namen Dillon Barrot und Dufaure stehen, findet an der Börse den meisten Anklang. — Die am Sonnabend bei dem Amendement St. Beuve in der Minorität gebliebene Partei, hat sich unter Faucher vereinigt; dieselbe hat dem Präsidenten der Republik ihren Glückwunsch dargebracht, sonst aber keinen Beschluss gefasst.

Die Legislative fest, dass beim Schuldarrest eines Deputirten die Autorisation der Versammlung einzuholen sei.

Eine geheime Gesellschaft wurde aufgehoben.

Paris, 21. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 10.

Frankfurt a. M., 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 36 1/2.

Hamburg, 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fester. Roggen flauer. Del unverändert. Kaffee 4 1/2, etwas fester, fast nichts am Markt.

Stettin, 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 33 p. Frühjahr 33 1/2, 33 bez. und Gld. Rübel 10 1/2 bez., p. Frühjahr 10 1/2 Br. Spiritus 23 1/2 Br., p. Frühjahr 22 1/4 bez.

Amsterdam, 22. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr 57, p. October 54. Rübel p. Frühjahr 33 1/4. Roggen ohne Handel.

Uebersicht.

Breslau, 24. Januar. Gestern hielt die zweite Kammer eine Sitzung, in welcher Mittheilungen über die eingegangenen Schriftstücke und über die Resultate der bisherigen Arbeiten der Kommissionen gemacht wurden. Dann beschäftigte man sich mit Wahlangelegenheiten. Se. Majestät der Königl. hat am 23. zu Berlin wiederum mehrere Truppentheile beauftragt.

Nach einigen Angaben soll der Sohn des Prinzen von Preußen, Prinz Friedrich Wilhelm, demnach bei dem Unfall einige Kontusionen erhalten haben, wogegen eine in der N. Pr. Ztg. veröffentlichte telegr. Depesche meldet: Der Prinz sei am 22. wohlbehalten in Bonn angekommen. Nach einer Bekanntmachung der Königl. Minister Eisenbahn-Direktion sind drei Personen fort (unter ihnen der nordamerikanische Gesandtschaftssekretär Anden aus New-York) und mehrere Personen schwer oder leicht verwundet.

Mehrere Fraktionen der zweiten Kammer beabsichtigen nächstens den Entwurf eines Ausweisungsgesetzes und Niederlassungsgesetzes vorzulegen.

Wie unser Dresdener A. Korrespondent meldet, hätte namentlich die letzte Zusammenkunft der Minister-Präsidenten Schwarzenberg und Montenucci zu Dresden deshalb stattgefunden, um sich in Betreff der Maßregeln bei einer etwa eintretenden Katastrophe in Frankreich zu verständigen. Der Korrespondent giebt bei dieser Gelegenheit einige Andeutungen über die Absicht, welche Oesterreich mit der Sendung seiner Truppen nach Köln verbindet. — Die Kommissionen sind sehr thätig; und wahrscheinlich werden sie in 10 Tagen so weit sein, um mit ihren Arbeiten vor das Plenum treten zu können. Wahrscheinlich werden dann auch Schwarzenberg und Montenucci eintreffen und den Konferenzen beizutreten. Uebereinstimmend hiermit melden auch die telegraphischen Nachrichten (s. oben), dass die Minister-Präsidenten Schwarzenberg und Montenucci am 2. Februar in Dresden eintreffen und bis dahin auch die erwarteten Instruktionen der Regierungen eingetroffen sein würden.

Oesterreich lässt die deutsche Zollvereinsfrage jetzt einigermaßen ruhen. Dagegen ist alle Aussicht da, dass die Zollvereins-Konferenz zu Wiesbaden zu Stande kommt. Nicht allein haben sich daselbst bereits mehrere Bevollmächtigte eingefunden, sondern auch Sachsen, Baiern und Württemberg sollen bereit sein, dieselbe zu beschicken.

Aus Frankfurt a. M. meldet man: dass die badische Regierung gegen die in Dresden projektierte Gestaltung der deutschen Centralgewalt entschieden protestirt habe. Ein Gleiches soll von Hessen-Darmstadt geschehen sein.

Das Organ „Hallenpost“, die Kaiser. Ztg., spricht von einem Gerücht, dass der Bundesrath von Frankfurt nach Dresden verlegt werden würde und zwar in Folge der Durchföhrung der dualistischen Pläne Oesterreichs und Preußens.

Der Marsch der Oesterreicher durch Laubau geht ununterbrochen vorwärts. Am 23. Januar erwartet man 1500 Oesterreicher in Hamburg. Sowohl Hamburg als Lübeck sollen gegen eine Besetzung ihres Gebietes durch Oesterreicher protestirt haben, allein ohne Erfolg. — Man hatte große Befürchtungen, dass die Dänen sich unmittelbar an der holländischen Grenze festsetzen würden, allein es hat sich nun herausgestellt, dass sie deshalb gegen Söden vorrückten, um sich zu überlegen, ob die holländisch-holländische Armee auch wirklich Schleswig geräumt habe. Nachdem sie diese Ueberzeugung gewonnen, haben sie sich wieder nach dem Norden zurückgezogen.

Zu Paris ist die Ministerkrisis noch nicht beendet.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

15te Sitzung am 23. Januar.

Präsident: Graf Schwerin.

Tagesordnung: Wahlprüfungen und Bereinigung der neuergetretenen Abgeordneten.

Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr.

Am Ministertische: v. Mantuffel, Simons.
Das Protokoll wird verlesen und genehmigt. Der Präsident theilt die eingegangenen Urlaubsgesuche mit.

Der Abg. Dürre, Mitglied einer Spezialbudgetskommission, ist um einen vierwöchentlichen Urlaub eingekommen und hat zugleich den Präsidenten ersucht, die Wahl eines Stellvertreters für ihn für die Budgetkommission vornehmen zu lassen. Der Präsident sieht dies Gesuch, da eine Stellvertretung nicht statthaft ist, für eine Niederlegung der Mitgliedschaft an und ersucht die zweite Abtheilung um Vornahme einer Neuwahl.

Der Abg. Ahlemann hat sein Mandat niedergelegt.

Seitens des Präsidiums der ersten Kammer ist eingelaufen: Die Anzeige über die vorgenommenen Wahlen der Mitglieder der Staatsschulden-Kommission und des Präsidiums, ferner die Mittheilung des Gesetzentwurfs über die Todeserklärung, wie er aus den Beratungen der ersten Kammer hervorgegangen ist, endlich die von der ersten Kammer nachträglich genehmigten Verordnungen vom 4. Juni 1850 über die gerichtlichen Instanzen in den Fürstenthümern Hohenzollern und vom 18. Juli 1849, einige Abänderungen der Depositionsordnung betreffend.

Unter den übrigen eingegangenen Schriftstücken findet sich eines, welches nach Angabe des Präsidenten verschiedene Bemerkungen über verschiedene Persönlichkeiten enthält, und von demselben zu den Akten gelegt ist, ferner ein Protest gegen die Einführung der Gemeinde-Ordnung, der an die Petitions-Kommission geht.

Der Präsident theilt hierauf den Stand der Arbeiten in den Kommissionen mit. Die Justizkommission hat die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verantwortlichkeit der Minister beendet; der allgemeine Theil und ein bedeutender Theil des speziellen Theils des Strafgesetzbuchs ist beraten; die Beratungen über die Disziplinargesetze sind weit vorgeschritten. Die Finanzkommission hat die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung einer klassifizierten Einkommensteuer vollendet, ebenso die des Gesetzentwurfs über einzelne Abänderungen des Statuts der allgemeinen Wittwen- und Waisen-Versicherungskasse.

Ein Abgeordneter bringt die Wahlangelegenheit des Abg. von Zedlitz, dessen Wahl in der dritten Sitzung der Kammer beanstandet wurde, in Erinnerung. Es verlaute noch nichts davon, ob der Abgeordnete die Zeit der Vertagung benutzt habe, die von der Kammer gefundenen Bedenken zu erledigen.

Der Präsident erklärt, dass seitens des Präsidiums alles Mögliche gethan sei, um die Sache zu erledigen, das Ministerium sei unter dem 26. November ersucht, unter dem 4. Januar und am gestrigen Tage wiederholt dringend erinnert, die Sache zu erledigen.

Abg. v. Zedlitz: Die Anregung dieser Angelegenheit kann mir nur willkommen sein; denn meine Lage, hier nur als ein Geduldeter zu sein, ist eine so wenig beglückliche, dass wohl Niemand mehr als ich, wünschen kann, dass die Sache erledigt werde. Ich habe, als ich die Veranstaltung erfuhr, sofort an den Landrath des benachbarten Kreises deshalb geschrieben. Nachdem ich indessen den Wortlaut der darüber gepflogenen Verhandlungen gelesen hatte, glaube ich es mir selbst schuldig zu sein, in dieser rein geschäftlichen Angelegenheit keinen Schritt weiter zu thun, um nicht neuen Stoff zu Insinuationen und Unterstellungen zu geben.

Abg. v. Leipziger bringt in Erinnerung, dass für den Abg. Senger noch keine Neuwahl vorgenommen sei.

Der Präsident zeigt an, dass die Wahl bereits eingeleitet sei. Man geht zur Tagesordnung über. Unter den vorliegenden Wahlen machen nur die der Abg. Stohmann und Scheidtmann Schwierigkeit.

Die 2te Abtheilung beantragte die erstere zu beanstanden, weil nicht erhehle, dass die Wahlmänner die zur Wahl seines Mitabgeordneten vorgeladen waren, und bei derselben zugleich die des Abg. Stohmann vorgenommen hatten, auch zu der des letzteren vorgeladen seien.

Die Wahl wurde von der Kammer beanstandet.

Bei der Wahl des Abgeordneten Scheidtmann waren von 381 Wahlmännern nur 25 anwesend gewesen. Der Abgeordnete v. Kleist beantragte Beanstandung, nach kurzer Debatte wurde jedoch die Wahl dem Antrage der Abtheilung gemäß für gültig erklärt.

Nachdem noch die Abgeordneten Stabrowsky, Grün, v. Holleben, Bandelow, v. Kries verurteilt sind, wird die Sitzung 2 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 23. Jan. Se. Majestät der Königl. hat allenorts gerüht: Dem Direktor der Sternwarte zu Pulkowa, v. Struve, den Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste zu verleihen. — Der Thierarzt erster Klasse Joh. Vincenz Bury ist zum Kreis-Thierarzt des Kreises Adelnau, Regierungsbezirk Posen, ernannt worden.

Angekommen: Der Erbkönig im Herzogthum Magdeburg, Graf vom Hagen, von Möken.

Berlin, 23. Jan. (Tagesbericht.) Heute Vormittags 9 1/4 Uhr nahmen Se. Maj. der Königl. im hiesigen Schloss den Vortrag des Hrn. Ministerpräsidenten und um 10 Uhr den gewöhnlichen Donnerstags-Vortrag des Hrn. Kriegsministers, der also soweit weiter hergestellt ist, entgegen.

Man sagte gestern Abend in der Stadt, Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm hätte bei dem erwähnten Eisenbahnunfall unweit Güterlosh doch eine Kontusion erhalten. Wir geben dagegen hier eine telegraph. Depesche aus Bonn vom 22. (Mittwoch), welche so lautet: „Der Prinz Friedrich Wilhelm ist heute (22.) früh um 5 Uhr wohlbehalten wieder eingetroffen und hat nur etwas Schnupfen, den er bereits aus Berlin mitgenommen.“

Die Effekten des bei dem Eisenbahn-Unfall in der Nähe von Güterlosh verunglückten Attache's bei der hiesigen nordamerikanischen Gesandtschaft, Hrn. Ward, sind nach einer telegraphischen Depesche des Regierungs-Präsidenten Müller sämmtlich und unverändert in Affervation genommen.

Dem Vernehmen nach wird die Ernennung des Polizei-Präsidenten, Hrn. v. Hinkeldey, zum Chef-Präsidenten der Regierung in Frankfurt mit Nachsicht noch nicht erfolgen. Als Nachfolger des Hrn. v. Hinkeldey an hiesiger Stelle wird bald der

Landrath v. Selchow, bald der Polizei-Präsident Peters in Königsberg genannt.

Hr. v. d. Heydt dürfte jetzt seine Entlassung definitiv eingereicht haben; denn wie wir hören, soll das Handelsministerium unverzüglich anderweitig besetzt werden, und es sind darüber bereits Unterhandlungen im Gange.

Die Rückkehr des Hrn. v. Radowitsch an das Königl. Hoflager hat an vielen Stellen ein Aufsehen erregt, was dieselbe nicht verdient. Wir glauben versichern zu können, dass Hr. v. Radowitsch bei seinem jetzigen Aufenthalte hieselbst lediglich den dringenden Wunsch hegt, sich wegen der Veröffentlichung jenes allerhöchsten Handbuchs zu rechtfertigen, was, wie wir hiermit voraussetzen, demselben hoffentlich vollständig gelingen wird. Sobald Hr. v. Radowitsch dies erreicht hat, wird derselbe jedenfalls nach Erfurt eilen, wo seine Anwesenheit bei dem misslichen Gesundheitszustande seiner Gemahlin eine dringende Pflicht für ihn sein dürfte.

(M. P. 3.)

Mehrere Fraktionen der zweiten Kammer beschäftigen sich mit der Aufstellung eines Ausweisungsgesetzes und Niederlassungsgesetzes, welches sie zur Berathung und Beschlussnahme einzubringen gedenken. Die Staatsregierung, ungeachtet sie selbst den Mangel an gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung anerkennt, scheint nicht die Initiative ergreifen zu wollen.

Die B. Z. giebt die tröstliche Versicherung, dass das Bemühen der Kommission der ersten Kammer für den Pressgesetzentwurf lediglich darauf gerichtet gewesen ist, die Bestimmungen des Pressgesetzentwurfs in Uebereinstimmung mit den korrespondierenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs-Entwurfs zu bringen. Das Gerücht, als habe die Kommission noch verschärfte Bestimmungen in Antrag gebracht, sei unbegründet.

Die Sp. Z. berichtet noch Folgendes über den bereits erwähnten Unglücksfall auf der Eisenbahn zwischen Hannover und Minden: Leider ist der Tod eines jungen Mannes zu beklagen, der erst seit einigen Wochen sich auf dem Kontinent befand, nämlich eines Attache's der nordamerikanischen Gesandtschaft, der mit dem neuen Gesandten am hiesigen Hofe, Hrn. Barnard, herübergekommen war. Er war mit Depeschen von hier abgegangen, und die hier eingetroffene Depesche nennt ihn namentlich unter den Todten. Hoffen wir, dass sie sich nicht bestätigt. Von Seiten der hiesigen Gesandtschaft der vereinigten Staaten ist sogleich gestern Abend der erste Attache, Hr. Kay, nach dem Orte des Unglücks abgegangen, um alle Veranlassungen zu treffen, welche dieser Vorfall nöthig macht. Der davon Betroffene hatte durch seine Persönlichkeit hier den besten Eindruck gemacht.

Gestern wurde durch Korpssbefehl bekannt gemacht, dass die Landwehr nicht mehr zu Garnisondiensten verwendet werden solle.

Die Garde-Landwehr-Bataillone Magdeburg und Kottbus, welche bisher hier in Kantonnements waren, wurden gestern früh, letzteres mit der Berlin-Magdeburger und letzteres mit der Niederschlesisch-märkischen Eisenbahn nach ihren Stammquartieren beordert, um dort ausgeladet und entlassen zu werden. — Gestern Vormittags 10 1/4 Uhr traf das 1. Bataillon (Berlin) 2. Garde-Landwehr-Regiments, von Teltow kommend, und um 12 Uhr das 3. Bataillon (Düsseldorf) 4. Garde-Landwehr-Regiments, von Luckenwalde kommend, hier ein.

(M. 3.)

Der von dem Abgeordneten Koppe in der ersten Kammer eingebrachte Antrag, auf Staatskosten dem vereinigten Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg ein Denkmal zu errichten, erstreckt sich nicht nur in der ersten Kammer, sondern auch in den weitesten Kreisen der lebhaftesten Theilnahme.

Morgen Vormittags 9 Uhr findet die Beerdigung des verstorbenen gefeierten Komponisten Albert Lortzing statt.

Graf Reventlow ist aus Ebernburg hier eingetroffen.

Dem Vernehmen nach wird den Kammern, falls die übrigen Arbeiten derselben zeitig genug erledigt werden, um für die Bearbeitung einer so wichtigen Vorlage hinreichende Mühe zu lassen, die im Justizministerium schon längst vorbereitete neue Vor-mundschafes-Ordnung zur Berathung zugehen. Eine Reform in diesem alle Volksschichten nahe berührenden Zweige der Gesetzgebung wird schon seit Jahrzehnten von dem Publikum wie von dem gesamten Richterstande ersehnt.

Bei dem Erlass der Verordnungen vom 2. und 3. Januar 1849 wurde auf eine Aufhebung mehrerer kleiner Appellations-Gerichte hingedeutet, wobei man namentlich die Appellations-Gerichte zu Greifswald, Halberstadt, Hamm und Akenberg im Sinne hatte. In Betreff dieser Gerichte waren sogar schon bestimmte Beschlüsse gefasst und wurde beauftragt, den Kammern einen Gesetzentwurf zur Genehmigung vorzulegen. Das Justizministerium hatte die Ansicht, dass Obergerichte, die nicht mindestens zehn Mitglieder in zwei Abtheilungen beschäftigen können und nicht wenigstens eine halbe Million Reichsthaler Einkommen umfassen, weder ihrem Zwecke entsprechen, noch Leistungen vollbringen, die zu dem Kostenaufwande, den sie verursachen, in einem Verhältnisse stehen. Das Appellationsgericht in Greifswald hat 181,000, der Justizsenat in Ehrenbreitenstein 152,000 Eingekessene, Halberstadt hat 324,000, Hamm und Akenberg zusammen haben 565,000 Eingekessene. Für Beibehaltung besonderer Obergerichte in den Bezirken von Greifswald und Ehrenbreitenstein spricht nun die Eigenthümlichkeit der in diesen beiden Gerichtsbezirken geltenden Rechtsverfassungen. Die übrigen, die Normal-Instanzzahl nicht erreichenden Gerichte dürfen jedoch ihrer Aufhebung nahe sein.

Die von den Konstituenten angeordneten Vorberatungen behufs Einführung der neuen kirchlichen Gemeindeordnung hat in allen Provinzen, für welche diese Gemeindeordnung Geltung haben soll, einen lebhaften Kampf hervorgerufen. Den entschiedensten Widerstand leisten die Anhänger der Union auf der einen und die einseitigen Gegner aller durch Volksräthe stifteten Art zu schaffenden Institutionen auf der anderen Seite.

Ein einzelnen Orten sind die Geistlichen sogar in Konflikte mit den Ortspolizeibehörden gerathen, welche die Versammlungen der Hausväter der Gemeinden und deren Beratungen mit den Geistlichen über die Bedingungen, an welche man die Annahme der neuen Kirchengemeindeordnung zu knüpfen habe, nach den Vorschriften des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht beurtheilen und die förmliche Konstituierung solcher Versammlungen, Einreichung der Mitglieder-Verzeichnisse, Statuten, Anzeige bei der Polizeibehörde u. dergl. verlangen zu müssen glauben.

(C. B.)

[Der Gemeinderath] hatte sich heute Vormittags 11 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung versammelt, in welcher die Einführung des Obergerichtes Herrn Krausnick, so wie des Gemeinde-Vorstandes durch den Ober-Präsidenten Herrn v. Flottwell stattfand. Um 12 Uhr traten die Schöffen ein, und gleich darauf folgte der Obergerichter Herr Krausnick, geführt durch den Ober-Präsidenten Herrn Flottwell und den Regierungsrath Moser. Der Herr Ober-Präsident wies zuerst mit einigen Worten auf die Städte-Ordnung von 1808 hin und widmete ihr, welche ein kräftiges und selbstständiges Leben in unsere städtische Verwaltung gebracht hat, einen Dank. Er richtete dann seine Rede an den Herrn Obergerichter, indem er denselben auf seine neuen Pflichten, die er zu übernehmen habe, aufmerksam machte und ihn mit einem Glückwunsche im Namen des Königs und kraft des Gesetzes in sein neues Amt einführte. Demnach nahm der Vorsitz der Gemeinderaths, Herr Fährnrich, das Wort. Er führte an, dass Herr Krausnick seine Wahl als eine Anerkennung früherer Verdienste nehmen möge und sprach das Vertrauen aus, dass er die auf ihn gesetzte Hoffnung rechtfertigen werde. Er versicherte ihn zugleich der kräftigsten Unterstützung des Gemeinderaths, damit ihre Wirksamkeit eine für die Kommune und das Vaterland heilsame sein möge. Hr. Krausnick dankte sich hierauf in seiner Rede ebenfalls der alten Städte-Ordnung zu, mit welcher er lange Zeit Hand in Hand gegangen sei, sprach dann die feierliche Versicherung aus, dass in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen zu wollen. Er kam dann auch auf die Vorfälle des Jahres 1848 zu sprechen und nahm die auf ihn gefallene Wahl für eine Genugthuung, wegen der gedachten Ereignisse. — Er richtete dann sowohl an seine alten Kollegen, wie an die neuen Mitglieder des Gemeinderaths einige Worte, worauf er dem Gesetze gemäß, die früheren mittelst Handbuchs verpflichtete, die neuen Mitglieder vereidete. Nachdem dies geschehen, richtete Herr Krausnick noch einige herzliche Worte an Herrn Raunyn und erklärte demnach den Gemeinderath für eingeführt. — Hierauf sprach Herr Fährnrich zu den Anwesenden und brachte am Schluss seiner Rede Se. Majestät dem Könige ein dreimaliges Lebehoch, in welches die Versammlung einstimmt. — Nach einigen Worten des Herrn Raunyn endete der Akt mit der Verlesung des Protokolls durch Herrn Regierungsrath Moser und der Unterzeichnung desselben durch die Anwesenden um 1 Uhr.

(E. 3.)

Heute Vormittags 10 Uhr hielt Se. Majestät der Königl. eine Besichtigung über die hier anwesenden Regimenter: Berliner und Düsseldorf'sche Garde-Landwehr und das 12. Infanterie-Regiment, unter den Linden ab. Se. Majestät der Königl. begab sich, umgeben von der ganzen Generalität, unter denen sich J. J. K. H. der Prinz Friedrich von Preußen und der Prinz von Württemberg, so wie Se. Excellenz der General v. Wrangel befanden, zu Fuß die ganze Front entlang und wurde von dem Militär, so wie von den anwesenden Fußknechten mit Jubel begrüßt. Später desfilirten die Truppen vor Se. Majestät vorüber.

(Ref.)

[Die Zoll- und Handelsfrage.] Auch österreichischerseits fängt man an zu der Ueberzeugung zu gelangen, dass die Zoll- und Handelsfrage Beranlassung zu „ernsthaften“ Besorgnissen giebt. Zunächst mögen diese wohl darin bestehen, dass sich Oesterreich von einem Theil seiner Bundesgenossen verlassen sieht. Die beiden hiesigen Staaten haben ihre Bevollmächtigten nach Wiesbaden bereits geschickt, und wenn selbst, wie es den Anschein gewinnt, Baiern und Sachsen die Zollvereins-Konferenz nicht beschicken, so werden dennoch die Beratungen dort aufgenommen werden. Dem Vernehmen nach ist der für Preußen nach Wiesbaden Abgeordnete geh. Reg.-Rath Delbrück zurückgerufen worden, um durch den geh. Ober-Finanz-Rath Henning ersetzt zu werden. Hr. Delbrück soll eine Stellung bei der Regierung in Königsberg erhalten.

Die Absichten, welche Oesterreich durch seine Pläne verfolgt, sind eben so sehr politischer, wie materieller Natur. Politischer Natur, weil es Preußens Stellung vernichten will, indem es den Zollverein sprengt, weil es die kommerzielle Union, an deren Spitze Preußen steht, eben so wenig dulden mag, wie es die politische Union geduldet hat. Materieller Natur sind die österreichischen Pläne zunächst deshalb, weil Oesterreich auf diese Weise eine Verbesserung seiner Finanzen erstrebt und sein entwerthetes Papiergeld in die kommerziellen Kanäle durch ganz Deutschland leiten will.

Die Sp. Z. berichtet: „Oesterreich hat ein Gruppenplakat vorgeschlagen, und wollte, um Preußen zu schmeicheln, ihm die Hegemonie über die eine der betreffenden Gruppen überlassen, während Oesterreich natürlich die Hegemonie des Ganzen hatte. Dieser ungereimte Vorschlag ist hier noch kürzlich durch den kaiserl. Rath Hrn. v. Hof beantwortet worden, dass sich aber natürlich keiner günstigen Aufnahme bei unseren Staatsmännern erfreuen gehabt. Man wollte dazu Preußen noch die Anknüpfungen von Verhandlungen mit dem Souverain erleichtern, um auch diesen zum Ganzen heranzuziehen, aber Alles in Allem wäre Preußen dann eben nur einer von Dreien gewesen unter österreichischer Oberhoheit, während es jetzt eine selbstständige Macht und Führer des deutschen Zollvereins ist. Wie man daher in Wien nur einen Augenblick hat hoffen können, diesem Vorschlage hieselbst Eingang zu verschaffen, oder ihn gar zur Ausführung zu bringen, ist unbegreiflich, zumal sich daran die gesteigerte Unmöglichkeit des zweiten österreichischen Vorschlages reihet. Nach diesem solle nämlich die Zollvereinskasse nach Wien verlegt, und überhaupt Wien Centrum der deutschen Handelsgruppen werden, und zwar mit der Bestimmung, dass zum Behuf von Bundeszwecken die Gelder aus der Zollvereinskasse sollten vorweg genommen werden können. Was dies im Sinne Oesterreichs hiesse, kann Niemandem zweifelhaft sein, denn die Unterhaltung der österreichischen Armee u. wäre natürlich oberster Bundeszweck gewesen, und noch dazu die Erhaltung der Armee des österreichischen Gesamtstaates, Italien mit eingerechnet. Für das entnommene bare Geld sollten dann Boms emittirt werden, die natürlich bald Deutschland überflütheten und seine Finanzlage der Oesterreichs gleich gestellt haben würden.“

Diese Absichten verurtheilen sich selbst, sie können nur von einem Souverainet geübt werden, welches seine früheren

Pläne so in Erfüllung gehen sah, wie Oesterreich, und welches aus Uebermuth der Nachgiebigkeit unserer Staatsmänner immer und immer wieder ein Paroli zu bieten wagt. Wir adoptiren die Worte eines österreichisch gefärbten Dresdener Korrespondenten des Lloyd: „Essebar aber ist es eine schwerere Sache, da wo es sich um materielle Fragen, bei denen das Wohl und Wehe der Nationen unmittelbar in Frage kommt, handelt, sich kühnen Neigungen entgegenzusetzen, als in den abstrakten Fragen der Politik im engeren Sinne.“ Die kühnen Neigungen sind in der vorliegenden Frage nicht zweifelhaft, deshalb werden auch die Agenten Oesterreichs, und mögen deren noch hundert kommen, unverrichteter Sache heimkehren, wie der k. k. Ministerialrath Dr. Hofl heimgekehrt ist und wie jetzt der zu gleichem Zwecke hier anwesende Hofrath Brentano: „Johann heimkehren wird.“ (C. 3.)

Am 21. d. Mts. kamen hier 281 Personen an und reisten 349 ab. Angekommen: der französische Kammerherr Lebas von St. Petersburg. (C. C.)

Posen, 22. Jan. Gestern marschirten die vom 38. Landwehr-Regiment hier in Kantonement gestellten Mannschaften nach ihrer Heimath, dem Wohlauer Kreise, zurück. (Pos. 3.)

Köln, 22. Januar, Nachmittags. (Unglücksfall.) In Betreff des gestrigen Unfalles auf der Köln-Mindener Eisenbahn erhalten wir den folgende Bekanntmachung:

„Die in der zweiten Ausgabe dieser Zeitung vom 22ten d. M. gegebene Nachricht von einem Unglücksfalle, welcher zwischen Beuel und Gütersloh gestern den Berlin-Deutzer Zug getroffen hat, bedarf nicht der Wiederholung. Die Ursache des Unglücks und des unmittelbaren dahinter laufenden Vordrängens der Personenzüge bei einem Begegnungsfalle der Bahnwärter-Station Nr. 333 konnte bis zur Stunde nicht ermittelt werden. Ausser dem hierbei erfolgten Tode des Maschinenführers Kleine 11. und des Heizers v. Majowski ist auch der des nordamerikanischen Geschäftsführers Secretair John B. Under aus New-York zu beklagen.“

Erster ist nach den bisherigen Mittheilungen schwer verletzt worden: der Führer Bremser Göbeler; leichter: der Zugführer Stumpfeld, die Schaffner v. Gölz, Bornfeld und Buntelshaus; auch einige Passagiere haben Verletzungen davongetragen.

Eine Untersuchung des Unfalles ist angedeutet und behalten wir uns weitere Mittheilung über das Ergebnis derselben vor.

Köln, den 22. Januar 1851.
Die Direction der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft.“ (Köln. Ztg.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 21. Jan. Die Bevollmächtigten der Kleinstaaten befinden sich noch immer ohne Instruktionen über den Vorschlag Oesterreichs und Preussens wegen Reduktion der Stimmenzahl im engeren Rathe. Diese Instruktionen sollen zum Anfang des nächsten Monats eintreffen. Ein Theil der Bevollmächtigten zweifelt daran, daß die Regierungen sofort auf den Vorschlag eingehen werden. Wie die Dinge liegen, wird aber eine Zustimmungserklärung von dieser Seite wahrscheinlich ohne wesentlichen Erfolg bleiben, da Preußen und die Mittelstaaten gemeinsame Sache mit Oesterreich machen.

In der letzten Plenarsitzung beschäftigte sich die Konferenz nur mit Angelegenheiten der ökonomischen Verwaltung. Der österreichische Bevollmächtigte bei der Bundescentralcommission in Frankfurt, Herr Kell v. Nellenburg, stattierte einen Bericht an die Versammlung. Die Feststellungsangelegenheiten beschäftigten vorzugsweise die Plenarsitzung, die Flottenverwaltung wird demnächst behandelt werden.

Den Vorgängen in Frankreich wendet sich die Aufmerksamkeit der Diplomaten vorzugsweise zu. Der plötzlich ausgebrochene Streit der royalistischen Parteien der Legislative mit dem Präsidenten ist wichtig genug, um die Gründe zu erforschen, welche die Royalisten veranlassen, die imperialistischen Gellüste des kleinen Ruffen auf einmal in einem so gefährlichen Lichte zu sehen. Die Presse würde sich wahrlich sehr naiv zeigen, wenn sie sich glauben machen ließe, daß die Royalisten aus Eifersucht auf die souveränen Rechte der Nationalversammlung sich in eine Opposition einlassen würden, welche eine so bedeutungsvolle und folgenreiche Krise herbeiführt, wie sie in Frankreich vorhanden ist. Die Kaiserpläne sind in der letzten Zeit weit weniger scharf hervorgetreten, als zu einer Zeit, wo die royalistischen Fraktionen erst bonapartistische Demonstrationen sehr gering achteten und stillschweigend geschwiegen ließen. (N. 3.)

Dresden, 23. Jan. Als Fürst Schwarzenberg und Herr v. Mantuffel sich zum letzten Male in Dresden trafen, hörten wir von unterrichteter Seite, daß ihre Privatgesprächen viel weniger der deutschen Verfassungsfrage, als dem Verhalten des Bundes gegenüber einer neuen Katastrophe in Frankreich galt. Daß diese Sorge keine vorzeitige ist, geht am klarsten aus den jüngst gehaltenen Reden der Hrn. Berryer, Thiers und Changarnier hervor, die den problematischen Zustand ihres Landes unvorholbar ausgesprochen und die gegenwärtige Regierung als eine transitorische bezeichnet, die sich nur dadurch gegen die Parteien der französischen Nation hält, daß sie eigentlich gar keine Regierung, sondern eine wesentliche Mischung von Republik und Reaktion ist, die durch den Schatten eines großen Namens geschützt wird. Kein Wunder, daß die deutschen Regierungen sich gegen den Rückschlag rüsten, der dießmal des Rheines trotz der allgemeinen Unpopulärkeit unausweichlich wäre. Es ist von entscheidender Bedeutung für die Monarchie und Deutschland, ob und wie dieser Rückschlag abgewehrt wird. Noch fühlen sich die Regierungen im vollen Besitze der Mittel, um diesen bedenklichen Moment zu bestehen; sie haben noch die ungeschwächte Spannung, mit der sie aus den Kämpfen des Jahres 1848 hervorgingen, die in einer solchen Friedensperiode leicht nachlassen kann; sie haben viel gewisser Mittel für einen etwaigen neuen Kampf, als zuvor, und keine Scheu, sie in ihrem ganzen Umfange anzuwenden. In diesem Zusammenhang soll die österreichische Regierung, wie wir hören, auch die Sendung ihrer Truppen nach Holstein bringen, wo sie gleich zur Hand sind, falls Umruhen im westlichen Deutschland dies erfordern. Wahrscheinlicher freilich ist es, daß sich hinter diese fromme Absicht nur das Streben birgt, die österreichischen Exzellenz-Armeen möglichst lange in Holstein festzuhalten und vielleicht dauernd in Rendsburg Posto zu fassen, ein friedlicher Triumph der österreichischen Waffen, nach dem das Wiener Cabinet sich lange gefehlt hat.

Inzwischen wird die deutsche Verfassungsfrage spruchreif, die Kommissionen arbeiten und ihre Vorlagen werden in circa zehn Tagen vor das Plenum gelangen können. Man erwartet, daß Fürst Schwarzenberg und Hr. v. Mantuffel den entscheidenden Sitzungen beizuwohnen werden. Bis dahin wird der Widerspruch der kleinen Staaten gegen die Reduktion des engeren Rathes beiseite sein müssen, falls Oesterreich es nicht vorzieht, unter Berufung auf diesen Widerspruch die Wiederherstellung der alten Bundesverfassung in unveränderter Gestalt zu empfehlen, ein Ausgang, mit dem Preußen vielleicht noch zureichend sein möchte, da er ihm eine Fülle günstiger Chancen zurückgeben würde, die von geschickten Händen zu anderen Zeiten einmal benutzt werden können.

Was das Präsidium auf dem Bundestage anlangt, so ist darüber bisher noch nicht verhandelt worden; wir erinnern aber an die Erklärung des Fürsten Schwarzenberg auf der Warschauer Konferenz, daß seine Regierung zwar gegen die Theilung des Präsidiums mit Preußen nichts einzuwenden habe, daß sie aber einseitig, ohne Zustimmung ihrer Verbündeten, eine solche Theilung nicht realisiren könne und es daher Preußen überlassen müsse, dießhalb auf den freien Konferenzen Anträge zu machen.

Die Sollektionsangelegenheit ist momentan verlagert. Der Schwerpunkt dieser Frage fällt jetzt in den Zollvereins-Kongress, auf welchem Baiern und Sachsen ihre wahre Meinung über

die Fortdauer des Vertrages nicht werden verhehlen können. Ein geringer Werth ist den Verhandlungen der dritten Kommission beizulegen, die trotz aller Sachverständigen wenig mehr zu Stande bringen wird, als Schemata auf dem Papier und eine striktere Fassung des Art. 19 der Bundesakte.

Frankfurt, 21. Januar. [Proteste gegen Dresden.] Wie man hier als zuverlässig erfährt, hat die großherzoglich badische Regierung in der allerhöchsten Weise gegen das ganze Projekt von Dresden protestirt. Die Erklärung soll dergestalt lauten, daß für keinerlei Nachgiebigkeit Raum bleibt. Man will die Fassung folgendermaßen kennen: Die Regierung des Großherzogthums müsse zunächst in der Stimmenvertheilung einen Eingriff in ihre wohlverordneten Rechte und ein völliges Uebertreten ihrer politischen Stellung im deutschen Bunde erkennen. An Areal zähle Baden mehr, als das Königreich Sachsen, in der Bevölkerung siehe es nur wenig demselben Königreich und Württemberg nach, es habe daher das Großherzogthum schon aus diesem Grunde fortwährend eine Verstärkung zu beanspruchen. Die Verlegung seines Rechts werde aber noch einleuchtender, wenn man die Seelenzahl der projektirten Massen in eine Kurie zusammengefaßten beiden Hessen und Badens, zum Gesamtbetrage von 3 Millionen, mit der Bevölkerung eines der drei kleineren Königreiche vergleiche. In jedem dieser königlichen Staaten sei die Einwohnerzahl um ein volles Drittel geringer; mehr als eine Million sollte daher gänzlich ignoriert werden. Dazu komme ferner, daß die Aufstellung von Dresden den berechtigten Anforderungen und Bedürfnissen der deutschen Nation zuwiderlaufe; die großherzogliche Regierung könne mithin nimmermehr zu einer Einigung auf solcher Grundlage ihre Zustimmung ertheilen. — Gleichzeitig verlautet, daß die großherzoglich-hessische Regierung der relativen Einsprache Badens nicht minder entschieden beitrete, und wenn dies der Fall ist, nimmt man hier an, daß auch Kurhessen mit Protest nachfolge, da beide hessische Regierungen in letzter Zeit wieder ziemlich eng verbunden erschienen. Die hiesige Diplomatie legt solcher Wendung gewiß mit Recht große Bedeutung bei, man hält es für unmöglich, daß gegen die protestirenden Staaten Zwang geübt werden könne, vollends da die Verlegung ihrer Zukunftsrechte nach allen Seiten betrachtet evident ist; es spricht sich deshalb hier die Ansicht unumwunden aus, daß man von Ausbesserung des Dresdener Planes nicht weiter reden dürfe. — Seit einigen Tagen taucht das Gerücht auf, daß in Frankfurt bei demnächstiger Erhöhung der Garnison eine besetzte Kaserne angelegt werden solle. Man bezeichnet dafür schon den Platz in unmittelbarer Nähe der über den Main führenden Eisenbahnbrücke. (Const. 3.)

Man trägt sich hier vielfach mit dem fabelhaften Gerüchte einer Verlegung des Bundestages, ohne jedoch etwas Positives in dieser Beziehung angeben zu können. Die Verlegung soll von preussischer Seite in dualistischer Absicht befürwortet und Dresden deshalb zu dem Residenzorte der Bundestage auszuweisen sein, weil von da aus der Verkehr mit Wien und Berlin in bedeutender Weise befördert werden könnte. Unsere Stadt, die sich in Folge des Besizes der höchsten Behörde seither als den Centralpunkt Deutschlands betrachtet, würde schon dieserhalb und außerdem auch aus materiellen Gründen die Verlegung sehr ungern sehen; viele der Bundesmitglieder aber werden sicherlich und selbst in einer Weisung manche Annehmlichkeiten vermessen, die ihnen der Aufenthalt darüber bietet. Im Uebrigen würde eine solche Verlegung gegen Art. IX. der Bundesakte verstoßen, durch welchen Frankfurt ausdrücklich als Sitz der Bundesversammlung bestimmt ist. (Raff. 3.)

Kassel, 22. Januar. [Tagesbericht.] Eine Episode in unseren jammervollen Zuständen bildeten die Verhandlungen vor dem Schwurgerichte der jüngsten Tage und nahmen alle Aufmerksamkeit in Anspruch, da sie im höchsten Grade interessant waren. Ein Mann, Namens Fildbrand, Bäuerleiner bei der Eisenbahn-Direktion, stand vor den Riffen, angeklagt, seine Frau an einen entlegenen Ort geführt, sie daselbst umgebracht und verhaftet zu haben. Der Mörder leugnete standhaft, trotz aller Beweise, trotz eines außergerichtlichen Geständnisses. Die Verhandlung dauerte fünf Tage. Gestern Abend gegen 11 Uhr erfolgte der Ausspruch der Geschworenen, welcher mit 11 gegen eine Stimme auf schuldig lautete. Das Urtheil des Gerichtshofes erkannte auf Todesstrafe und zwar Hinrichtung mittelst des Schwertes. Die Geschworenen erklärten sich bereit, den Verurtheilten der landesherlichen Gnade zu empfehlen, wenn er ein offenes Bekenntnis abgibt. Als er jedoch hierauf alle Antwort verweigerte, erfolgte demnach der Spruch auf Verurteilung. (N. 3.)

Mannheim, 19. Januar. [Ankündigung.] Der verfloßene Sonnabend wurde für mehrere, welche wegen Abreise nach unserer Revolution in Bruchsal's Jelleneinsamkeit büßen, ein Tag der Befreiung. Fünfzehn wurden durch die Gnade unseres Großherzogs ihrer Haft entlassen und ihnen der Rest ihrer Strafe geschenkt. Wie verlautet sind noch weitere Amnestien im Gange, und es wird der 15. April, an welchem Tage auch die Aufhebung des Kriegszustandes stattfinden soll, als Termin einer, nur die Hauptbetheiligten ausschließenden, allgemeinen Amnestie bezeichnet. (Fr. 3.)

Darmstadt, 20. Januar. In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern legte der Finanzminister von Schenk in Gegenwart sämtlicher Ministerialmitglieder, mit Ausnahme derer des Kriegsministeriums, die verschiedenen Staatseinnahmen über die Verwaltung der Jahre 1845 bis 47 und 1848 bis 50 vor, darunter die Staatsschuldenentwässerungs-Kassenrechnung, die Rechnungen über die Eisenbahnkosten, Kosten der Ausführung der Main-Neckar-, Frankfurt-Eisenbacher und Main-Weßer-Bahn. Nach der Verlesung verschiedener Aktenstücke, welche über zwei Stunden dauerte, entfernten sich die verschiedenen Ministerien und die erste Kammer und zweite Kammer schritt zu einer besondern Sitzung. In der ersten Kammer wurde die vom Präsidium an sie gerichtete Frage: ob von einer Antwortadresse auf die vorgelegten gehaltenen Eröffnungsreden unter den vorliegenden Verhältnissen Umgang genommen werden solle? einstimmig bejaht.

Hamburg, 22. Januar. Dem österreichischen Zoll-Projekt ist man hier in allen Kreisen entschieden feindlich gesinnt, da es eine Bedrückung des Handels und Erwerbs nicht nur für unsere Stadt, sondern für das ganze nordwestliche Deutschland notwendiger Weise zur Folge haben muß. Synodus Banks, unser Vertreter in Dresden, welcher hier anwesend war, ist mit Instruktionen versehen worden, in der dritten Kommission, an welcher er theilnimmt, allen seinen Einfluß geltend zu machen, um sowohl jenes Projekt zu bekämpfen, als den Versuch zu machen, jene Frage gänzlich dort auszuschließen; er wird in dieser Beziehung vom Senator Geffken unterstützt werden. — Der Vorsitzende des hiesigen Freihandelsvereins, Herr Edgar R. ist als Direktor des deutschen Centralvereins für Freihandel erwählt worden; in Folge dessen ist an seiner Stelle Herr Ernst Merk zum Vorsitzenden des hiesigen Vereins gewählt. (Ref.)

Lübeck, 21. Januar. In der gestrigen Versammlung des Bürger-Ausschusses machte der Senat die Mittheilung über die Einquartierung österreichischer Truppen in den Lauenburgischen beleagerten Lübeckischen Enclaven. Eine durch den Senat, Dr. Windler, bei der lauenburgischen Regierung und dem hochkommandirenden der betreffenden österreichischen Truppen hiergegen angebrachte Remonstranz ist ohne Erfolg gewesen. Zugleich sei für den Fall einer Besetzung Rendsburgs die Möglichkeit eines Durchmarsches durch sonstige Gebietsheile und die Stadt selbst mit den erforderlichen Rasttagen in Aussicht gestellt.

Den vom Senat gestellten Antrag, betreffend die Zustimmung zu den nicht abzuweisenden Maßregeln, beschloß der Bürger-Ausschuß zu genehmigen, unter der Voraussetzung, daß binnen kürzester Frist die von Seiten der Quartiergeber zu leistenden Verpflichtungen, so wie die Bestimmungen über die Auslegung der Einquartierungsanfragen bekannt gemacht würden (Antrag des Dr. v. Bippen). Ein von Senatsgegliedern gestellter Antrag, dahin gehend, daß der Durchmarsch österreichischer Truppen durch Lübeck's Gebiet, event. dessen Requisitionierung, für eine Gewaltmaßregel zu erklären und dagegen an geeigneter Stelle Protest einzulegen sei, wurde abgelehnt.

Lauf hier eingetroffenen Nachrichten, die uns als zuverlässig bezeichnet werden, sollen bereits gestern in Ruffe 100 und einige 60 Mann k. k. österreichischer Truppen Quartier bezogen haben. (L. 3.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 22. Januar. Gestern sollte bereits Oesterreich in Gemeinschaft mit Preußen ein solches Ansehen erlangen. Zu morgen werden, dem Vernehmen nach, 1500 Mann hier erwartet. — Dieser Tage sind General Gerhard aus Rendsburg, der Prinz Friedrich v. Augustenburg-Moor aus Kiel, der Sekretär im preussischen auswärtigen Departement, Burchardi, aus Berlin, der selbige schleswig-holsteinische Departementchef der auswärtigen Angelegenheiten v. Harbou aus Kiel und der Baron Blome von Heiligenhafen hier eingetroffen. (H. C.)

Kiel, 22. Januar. Hiesigen Ortes wird man mit einer Fluth von falschen und halb wahren Gerüchten überschüttet. So hieß es vorgestern, daß die Dänen sich der Schleißen bei Holtenau, Kropp, Langwehr, bemächtigt und dort eine Bolllinie gezogen hätten. Das Wahre an der Sache ist, daß sie von Gerorf Besitz genommen hatten und daß sie Patrouillen bis an den Kanal ausgesandt hätten, um nachzusehen, ob die Schleswig-Holsteiner Südschleswig auch wirklich geräumt hätten. Nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß solches geschehen war, sollen sie sich wieder zurückgezogen haben. Daß die Dänen das von den Unsrigen verlassene Hüttenlager angezündet hätten, bestätigt sich ebenfalls nicht, da Vieles von demselben fortgeschafft, das Uebrige aber verkauft sein soll. (H. C.)

Schwarzenbeck, 21. Januar. Es sind gestern hier einige Abtheilungen vom Regiment Schwarzenberg (Ungarn) durchgemarschirt, größtentheils in der Richtung nach Bergedorf, und in den dorthin liegenden Dörfern einquartiert. Der Generalstab des Regiments Wellington ist gestern weiter von hier nach Mölln zu gegangen. Eine 12pfündige Batterie und der Generalstab des Regiments Schwarzenberg hat hier übernachtet und hält Rasttag. Die Tyroler Jäger sind nach Büchen und Gudow, und werden morgen nach Seedorf und dortiger Gegend abmarschiren. (L. 3.)

Rendsburg, 21. Januar. Die in den heutigen Zeitungen von Kopenhagen gebrachte Mittheilung, daß man dort anfangs sehr unzufrieden und unruhig zu werden über die von den Kommissarien gegebenen Aufzeichnungen, und daß dänischerseits die Räumung Friedrichsorts und der Vorwerke von Rendsburg verlangt werde, ehe man sich auf weitere Unterhandlungen einlassen könne, alles dies bringt hier woher in den getroffenen militärischen Maßregeln, noch in den Ansichten über die Zukunft der Herzogthümer eine Aenderung hervor. Je näher das österreich. Armeekorps uns kommt, desto mehr wird jeder davon überzeugt, daß der Marsch auf Rendsburg geht, und die Reduktion und Demobilisirung der Armee geht rasch vorwärts. Stündlich gehen ganze Trupps Vermittler nach Norden und Süden, und die jetzt überflüssigen Pferde bei allen Truppendiensten werden verkauft, so daß in wenig Tagen die Arme weniger stark als in irgend einer der früheren Waffenstillstandsperioden ist. — Zur Vervollständigung meiner Mittheilung von gestern über die anscheinend jetzt freie Passage nach dem Norden, die weitere Nachricht, daß unsere Verurtheilten bei Kropp von den Dänen in Empfang genommen und nach Schleswig transportirt sind; während andere Schleswiger, welche sich nach Hause begeben wollten, ungehindert die Porositten passirten. (B. 3.)

Oesterreich.

Wien, 23. Januar. [Tagesbericht.] Für die verschiedenen Landtage werden ununterbrochen die Vorbereitungen fortgesetzt, und man glaubt, daß gleich nach Feststellung der revidirten Bundesverfassung in Dresden die Einberufung in den Kronländern erfolgen wird. — Der Banus von Kroatien gab bei seiner Bewillkommnung in Agram bekannt, daß Se. Maj. in nächster Zukunft die treue kroatisch-slavische Nation mit Allerhöchstem Befehle beglücken werden, wo dann die durch Se. Maj. zu schöpfende persönliche Anschauung von den besten Folgen begleitet sein dürfte.

In der Zeitschrift für Frautien erklärt der Prager Fabrikant Epstein auf die an die jüd. Steuerdirektion erlegten 10,000 Fl. C.-M. zu Gunsten der Staatsverwaltung zu verzichten, und fordert seine Glaubensgenossen im Kronlande Böheim zu gleicher patriotischer Verzichtleistung auf. Der Staat gewänne hierdurch 3 bis 400,000 Fl.

Der Kongress der vom Handelsminister berufenen Vertreter der materiellen Interessen vereinigt Wasser und Feuer; die widerstreitendsten Elemente mischen sich in dieser Versammlung, aus welcher kein Beschluß hervorgehen kann, der Alle befriedigt. Das erste Auftreten schon zeigte den Groll verletzter Interessen, denen sich bei der gestrigen Sitzung schon provinzielle Gegenbestrebungen angeschlossen. Wir gebrauchen das alte Wort provinziell, um nicht das unlesbare Wort national aufs Tapet zu bringen, und dennoch streift es etwas auch hinter dem Tariff für Wolle oder Knopfen. — Das Ministerium hat durch die Geschäftsordnung das Prinzip, welches im neuen Zolltariff befolgt wird, der Debatte entzogen; aber eben dieses Prinzip wollen die Industriellen der Diskussion unterziehen und nicht das Schutzsystem als fait accompli mit ihrer, wenn auch indirekten, Billigung hinnehmen. Das Hauptmotiv, welches vorgebracht wurde, ist der Nachweis, daß ein einmal angenommenes Prinzip auch wirklich gesetzlich geschützt werde. Prohibition oder Schutz soll bei den Vertretern gleich, sie würden sich darnach richten; aber die in capite et membris lockere Grenzbenachdigung durchbreche das Eine wie das Andere. Wie bei gänzlichem Verbot der Einfuhr die ausländischen Waaren bis ins Herz des Reiches geschleppt werden, so sei der Schutzoll eigentlich nur als herabgesetzte Prämie des Schutzmalls zu betrachten. Es fehlen die Geseze und sonstigen Bedingungen zur Einführung und Aufrechterhaltung des Schutzsystems und das beste Elabarat führe daher dennoch den Muth der Establishments im Gefolge. — Dieses Raisonnement fand in den anwesenden Italienern, Polen und Ungarn heftige Opposition; ihre Länder sollen nicht mehr die Weltläche für die Fabriken der deutschen Provinzen sein. Wie tiefen auch Reich und Brodt, tief einer der Vorfürer aus Prag entgegen, dafür sperret ihr unsere Mäthe, und wir müssen eure Waare theurer bezahlen. Wir wollen uns nicht mehr ausfragen lassen. — Dies war nur das provinzielle Element, welches sich auf Seite der Regierungsproposition stellte. So heftig wurde die Diskussion, daß endlich 12 mit namhaftesten Industriellen den Saal verließen, da sie es mit ihrem Mandat und Gewissen nicht vereinbar fanden, noch länger mitzurathen, darunter Kibel und Richter aus Prag, Winter und Neumann aus Wien. Hoffentlich werden sie heute wieder den Reunungen beizuwohnen, denn mehr Beschäftigung, die in ihrer Abwesenheit über Laiffage gefaßt wurden, hatten die Majorität der Akterbaurer zum Nachtheil des Handels und der Indu-

strie für sich. Blieben diese Herren weg, so müßte der Kongress als gescheitert betrachtet werden, und das Ministerium hätte nur den Ausweg des Dekrets.

Mehrfach wurde gestern das Wiederbleiben des Herrn von Schmerling im Ministerath behauptet; es ist irrig. Die von Se. Maj. unterzeichnete Demission befindet sich bereits in den Händen des Premierministers, und Herr v. Schmerling hat bereits ein Circular vorbereitet, worin er von den Beamten Abschied nimmt.

Frankreich.

Paris, 21. Januar. [Tagesbericht.] Die Ministerkrise ist noch immer in der Schwebel. Es werden fortwährend Ministerlisten fabrizirt, aber keine kann auf Authentizität Anspruch machen. Gegen Mittag schien das Gerücht von einem Ministerium Lamartine-Consigny zu gewinnen. Gegen Abend jedoch war man zu der Combination Odilon Barrot zurückgekommen, welche in diesem Augenblicke auch alle Wahrscheinlichkeit für sich hat. Einige jedoch behaupten, daß der Präsident die Krise in die Länge ziehen will, um einen großen Theil des abgedankten Kabinetes behalten zu können. Als gewiß wird gemeldet, daß der Präsident eine Kortschaft vorbereitet, welche die Mittheilung über die Bildung des neuen Kabinetes an die Versammlung begleiten soll.

Ueber die zwischen dem Präsidenten und Hrn. v. Lamartine stattgehabte Unterhaltung erfahre ich nachträglich noch Folgendes: Der Präsident äußerte sich: „Die Führer der alten Parteien, welche im Grunde die Republik verabscheuen und sie zu Gunsten Heinrich V. oder des Grafen von Paris stützen möchten, führen einen erbitterten Krieg gegen mich, unter dem Vorwande, daß ich die Konstitution verlegen und das Kaiserreich herstellen will. Da nun meine Protestationen nichts Verändertes doch keine Grenze setzen, so kann ich wohl nichts Besseres thun, als dem Mann, der die lebendige Repräsentation der Republik ist, den Auftrag zu geben, die Bildung eines neuen Ministeriums vorzunehmen; die Anklagen gegen mich werden alsdann keinerlei Grund mehr haben.“

Hr. v. Lamartine motivirte seine Ablehnung mit folgenden Worten: „Die Kammer besteht aus einer Versammlung von Männern, die man in zwei große Abtheilungen bringen kann: Royalisten und Montagnards. Ich werde in beiden Lagern gleich verabschuet und jedes von mir gebildete Kabinet würde im Voraus seine Handlungen paralisirt sehen; ich bin daher nicht in der Lage, Ihnen einen Dienst leisten zu können.“

Die National-Versammlung beschloß heute die Debatte über das Gesetz Betreffs der Verhaftung von Repräsentanten wegen Schulden. Der Kommissionsantrag — die Gläubiger haben die Autorisation der Versammlung wegen Verhaftung eines Repräsentanten nachzusehen — wurde mit 456 gegen 196 angenommen. Man erwartet in Folge dieses Beschlusses zahlreiche Gesuche gegen Repräsentanten verschiedener Männen.

Die „Patrie“ enthält folgende Mittheilung: Die Polizei hat eine geheime Gesellschaft entdeckt. Gestern Abend sind 36 Individuen verhaftet worden, welche eine Association unter dem Titel „Vereinigung der Gemeinden“ bildeten. Heute sind noch 20 andere verhaftet worden; sämtliche waren Abgeordnete des obersten Comites der Associationen und bezeichneten sich mit dem Namen: „Vertheidiger der Republik.“ Unter den ausgefangenen Schriftstücken befand sich auch folgende Proklamation, die in zahlreichen Exemplaren in einer geheimen Druckerei gedruckt war:

„An das Volk! (Stes Bülletin.) Volk! Die Zeit ist gekommen, das Haupt zu erheben. Deine feigen Feinde glauben dich besiegt zu haben, und streiten jetzt untereinander, wenn unter ihnen du angehören sollst. Kein Zweifel mehr. Die skandalöse Diskussion, die vier Tage lang in dem Gesetzgebungs-Palaste geführt worden ist, mußte auch dem Windstills die Augen öffnen. Von einer Seite das Kaiserreich mit dem ungeduldrigen Schrei des Chieff; von der andern Seite das Königthum von Gottes Gnaden und das konstitutionelle Königthum, welche du selbst in den Koth getreten hast. Dies ist die Alternative, in der du dich befindest. Welche auch triumphiren mag, so bist du verloren.“

„Auf denn! daß ganz Frankreich wach sei. Niemals lief die Freiheit größerer Gefahren. Unsere Bedrückten machen ihre Waffen zurecht und zählen ihre Satelliten; halten wir uns bereit, ihnen mit der Kraft eines großen Volkes zu antworten. Degraviren wir uns ohne Aufbruch. Mögen sich alle müthigen Männer verständigen, und mögen alle Associationen das Beispiel der Thätigkeit und Aufopferung geben. Seien wir überzeugt, daß der Kampf nicht fern ist, und halten wir uns wach gegen eine Ueberraschung, die Alles wahrscheinlich macht.“

„Unsere Rolle ist vorgeschrieben. Der Angriff darf nicht von uns ausgehen. Mit den Waffen in der Hand müssen wir alle Pfaffen der Antiquität abwarten, die sich vor unseren Augen aufspielt, und sobald sie ihre Lösung erreicht haben wird, dann wollen wir dazwischen treten, und dieser monarchische Schwarm wird unter unsern Schlägen fallen, wie eine Bande von Ratten, welche auf der That ertrappt wird.“

„Der Augenblick ist dringend. Jedermann wird seine Pflicht thun. Die Arme und die Nationalgarde kennen ihre Feinde. Die Volks-Repräsentanten, welche ihrem Mandate treu geblieben sind, wissen, was man von ihnen zu erwarten berechtigt ist. Gewichtig in der Versammlung, müssen sie unter dem Volk den großen Charakter entwickeln, mit dem sie bekleidet sind. Was uns anbelangt, so werden wir während dieser Krise nicht schlafen. Verlängert sie sich, so werden wir nicht unterlassen, Nachricht zu geben; wenn der Kampf nahe ist, so wird man uns zuerst auf der Brücke finden und überall, wo die Sache der Gleichheit unsere Unterstützung fordert wird.“

„Volk! Deine Bedrückten haben geschworen, die großen Prinzipien, deren Anwendung ihr Egoismus befürchtet, in deiner Blute zu unterdrücken. Schwören wir nun, die Republik zu retten, oder uns unter ihren erhabenen Trümmern zu begnügen.“

„Sei die Republik! Das Central-Widerstands-Komitee.“ Der Präsident der Republik hat wegen dessen, daß am nächsten Donnerstag kein Empfang im Elysee stattfinden werde. Die Einen legen diese Suspension der Donnerstags-Bälle der politischen Krise bei, die Andern behaupten, daß die Reunions überhaupt aufgehoben sind, da der Präsident entschlossen ist, auf die ihm im vorigen Jahre bewilligten Repräsentationsgelder von 2,400,000 Fr. zu verzichten, und demgemäß in seinem Haushalt große Reformen eintreten zu lassen.

Nach einer statistischen Notiz erscheinen gegenwärtig in Frankreich 900 Journale und Zeitschriften. Von dieser Anzahl werden in den Provinzen 515 Blätter veröffentlicht und in Paris 385.

Schweiz.

Bern, 19. Januar. Die hiesige Regierung hat zwei neue Infanterie-Kompanien aufgeboden, so daß im Ganzen bei 2000 Mann gegen die Bevölkerung von St. Zimmer unter den Waffen stehen. Nach den heutigen Regierungsblättern ist der Bericht radikaler Blätter, nach welchem die Soldaten beim Einzug in St. Zimmer auf das Kommando: „Lad' Gewehr!“ den Gehorsam verweigert hätten, unwahr. So viel ist aber gewiß, daß mit Ausnahme der Mißhandlung eines Landjägers und des Aufstellens eines Freiheitsbaumes nichts Thatsächliches vorliegt. (D. P. N. 3.)

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. Bei Beginn der heutigen Kammer-Sitzung zeigte Minister Rogier an, daß der König gestern die Entlassung des Kriegsministers angenommen und daß er person-

lich das Departement interimistisch führen werde. Die Kritik hat nicht die erwartete Lösung gefunden. Die Kammer wird demnach morgen wieder die unterbrochene Debatte fortsetzen.

Spanien.

Madrid, 15. Jan. Die Königin hat die von uns mitgetheilte Kombination Bravo Murillo bestätigt. Zum Ministerpräsidenten ist Negrete ernannt. Die neuen Minister haben der Königin bereits den Eid geleistet. Der Civilgouverneur von Madrid, Barragosa, hat plötzlich seine Entlassung gegeben. Die Ursache ist noch unbekannt. — Im Kriegsbudget und jenem des Innern werden bedeutende Reduktionen stattfinden. — Der Ministerpräsident Bravo Murillo wird morgen den Cortes sein Programm vorlegen und erklären, daß er abtreten wolle, wenn es nicht genehmigt würde. — Das neue Kabinett wird auch die Entwürfe der Gerichtsordnung und des Preßgesetzes einer Aenderung unterziehen.

Provincial-Beitung.

§ Breslau, 24. Jan. [General-Versammlung für die vereinigten fünf Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten.] Im Lokale der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur waren gestern Abend männliche und weibliche Mitglieder des Vorstandes versammelt, um vom engeren Ausschusse die Rechnungslegung für das verflossene Jahr und den Bericht über die Wirksamkeit des Vereins entgegenzunehmen. Der Vorsitzende, Hr. Stadthalter Rahner, begrüßte die Versammlung und dankte derselben für deren lebhafteste Theilnahme an den Bestrebungen zu Gunsten der armen Kinderwelt.

Von den jetzigen Kassendirektoren ist einer der thätigsten Mitglieder, Hr. Pulvermacher, vor einiger Zeit gestorben; Hr. Sohn hat sein Amt niedergelegt. Die Kasse wurde daher vom Vorsitzenden und Hrn. Kaufmann Salice geprüft, wobei die Belege sich in bester Ordnung vorfanden. Die Einnahmen an Vermächtnissen, Hypotheken-Zinsen und jährlichen Beiträgen belief sich auf 1820 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf.; die Ausgaben für Gehälter, Miethzinsen, Heizung u. s. w. auf 1668 Thlr. 22 Sgr., so daß noch ein Bestand von 151 Thlr. 20 Sgr. 11 Pf. vorhanden ist.

Der Anfall Nr. 1 wurden 200 Thlr. vermacht, worauf die Kasse erst 20 Thlr. entrichtet hat; es bleibt ihr somit noch eine Schuldverpflichtung von ca. 180 Thlrn. — Das Vermögen der Anstalt, welches in dem vergangenen Jahre um 250 Thlr. vermehrt wurde, besteht nunmehr in 13,000 Thln., die theils in Effekten jenseitig angelegt, theils in Staatsschuldenschein vorräthig sind. Nach einem Beschlusse der vorjährigen General-Versammlung wurden der städtischen Bank gegen eine hypothekarische Versicherung 3000 Thlr. überreicht.

Auf den Antrag des Vorsitzenden wurde dem abtretenden Kassier, Hrn. Lode, die Decharge erteilt und Hr. Salice an dessen Stelle gewählt. Dem ehemaligen Kassier wie dem Kassator vorzitierte die Versammlung ihren Dank für die sorgsame Kassenverwaltung.

Von den 464 Kindern, welche die Anstalten im vorigen Jahre befaßt haben, sind 276 ausgeschieden, es wurden dafür 300 neue aufgenommen, so daß sämtliche Anstalten gegenwärtig 493 Zöglinge zählen. Die Mädchen haben 163 Paar Strümpfe gekriegt, wozu ihnen das Material aus den Mitteln des Vereins geliefert wurde. Der Suppen-Verein hat viele der Kleinen gespeist; um Weihnachtsgeschenke erhielten die Kinder passende Geschenke, welche namentlich in Winter-Angelegenheiten bestanden.

Der Etat für das nächste Jahr schätzt die Einnahmen auf 1575 Thlr., die Ausgaben auf ca. 1800 Thlr., wonach ein Deficit von 230 Thlr. entstehen würde. Zu den Einnahmen gehört ein Vermächtniß des Hrn. Pulvermacher mit 200 Thlr. und ein von den Exekutoren des Frankfurter Testaments für ewige Zeiten bewilligter Jahresbeitrag von 7 Thln.

Nachdem der Vorsitzende bemerkt gemacht hatte, daß die Bestrebungen zur Hebung der Anstalten insofern vergeblich waren, als die jährlichen Beiträge sich mit jedem Jahre vermindert hätten und jetzt kaum noch 650 Thaler ausmachen, nahm Herr Konfistorial-Rath Wächter das Wort, um darzulegen, wie stiefmütterlich der Verein, welcher doch nur der Kommune unter die Arme greife, aus den Kommunalmitteln bedacht werde. Der Verein erhalte nämlich vom Magistrat nicht mehr als einen jährlichen Zuschuß von 50 Thalern, und dennoch habe er der städtischen Behörde eine so bedeutende Last, die angemessene Erziehung und theilweise Verpflegung der Kinder armer Eltern, abgenommen. Der Redner beantragte, daß der Magistrat ersucht werde, in Zukunft wenigstens die Herstellung oder Beschaffung geeigneter Lokale für die Anstalten zu übernehmen, da ein großer Theil der Ausgaben, welche nun bereits die Kräfte des Vereins übersteigen, in den Miethsbeträgen bestehe.

Herr Prediger Kutta schlug dagegen vor, man möge den Magistrat und Gemeinderath vorläufig nur darum ersuchen, das vorläufige Defizit in den Ausgaben des Vereins zu decken. Die Versammlung entschied sich für diesen Antrag und genehmigte zugleich das von anderer Seite in Anregung gebrachte Projekt einer außerordentlichen Sammlung für die Zwecke des Vereins. Die Erlaubnis zur Veranlassung einer allgemeinen Kollekte soll der Vorstand vom Ober-Präsident einholen.

Neben den gemeinschaftlich verwalteten 5 Kinderbewahranstalten haben sich in neuester Zeit noch einige andere derselben Art gebildet. Obgleich sie der dieselbige Vorstand wiederholtlich zum Anschluß an den allgemeineren Verband aufgefordert hat, beharren dieselben ihre Partikularität bei und lehnen jede Vereinigung mit den älteren Anstalten ab.

Ueber die in der Verwaltung möglichen Ersparnisse, zu denen auch die Abschaffung der männlichen Lehrer gerechnet wurde, entspann sich eine längere Debatte, welche jedoch zu keinem Resultate führte. Die Versammlung beschloß vielmehr, daß diese Angelegenheit auf sich beruhen bleibe. — Den Mitgliedern des Vereins und Aufsichtspersonalen wurden die üblichen Remunerationen bewilligt. Schließlich wählte die Versammlung die Herren Konfistorial-Rath Wächter und Pfarrer Fischer zu Kassendirektoren und Herrn R. A. Windmüller zum Mitgliede des engeren Ausschusses.

§ Breslau, 24. Jan. [Wohltätiges.] Der dreizehnte Jahresbericht des Augustin-Hospitals für kranke Kinder armer Eltern liefert folgenden Nachweis. Die Zahl der am Schlusse des Jahres 1849 aufgestellten 22 Betten hat sich nicht erhöht; in ihnen wurden während des vergangenen Jahres 53 kranke Kinder gepflegt. Von diesen genasen 36, es starben 6 und blieb Bestand 11 kranke Kinder.

Die Einnahmen der Anstalt waren im letzten Jahre: 945 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf., die Ausgaben: 772 Thlr. 29 Sgr. 11 Pf.; das Gesamt-Vermögen besteht gegenwärtig in 3003 Thlr. 8 Sgr. 2 Pf.

Das Direktorium des Vereins erwähnt dankbar, daß die Frau Baronin von Liegnitz (Protectorin des Vereins) außer ihrem jährlichen Beitrage von 60 Thlr. zum heiligen Weihnachtsgesche die Kinder der Anstalt mit Kleidern und Wäsche, eine andere Wohltäterin mit Spielzeug reichlich beschenkt hat. Auch im Laufe dieses Jahres habe die Buchdruckerei der Herren Graf, Barth und Comp. und der Kupferdrucker Herr Winter alle benötigten Drucksachen, sowie die drei Zeitschriften-Expeditionen hiesiger Stadt allen Inhabern der Anstalt kostenfrei besorgt. Schließlich wird allen Wohltätern der Anstalt der tiefgefühlteste Dank

des Direktoriums ausgesprochen und daran die Bitte um fernere Unterstützung der Anstalt geknüpft.

Im vorigen Jahre hat die Anstalt einen herben Verlust erlitten, indem ihr der Stifter und Begründer in Herrn Dr. med. Bülckner durch den Tod entziffen wurde. Möge er jenseits den Lohn für seine menschenfreundliche Thätigkeit auf Erden vom Vergelter alles Guten empfangen.

§ Breslau, 24. Januar. [Politische Nachrichten.] Am 21sten d. des Abends ersuchte eine gut gekleidete Weibsperson ein 12 Jahre altes Mädchen, welches sie zufällig auf der Schmiedebrücke traf, ihr für 1 Sgr. Wurst zu kaufen und ihr deshalb ein Zweithaler-Stück einhändigte, sich aber dagegen als Pfand das Umhängeluch des Mädchens zurückbehielt. Das Geldstück wurde jedoch bald, da es nur von Wappe war, als unecht erkannt und dem Mädchen zurückgegeben. Als dieses auf die Straße zurückkehrte, war die Fremde und mit ihr das Tuch verschwunden.

In der Nacht vom 22sten zum 23sten d. M. wurde von dem vor dem Hause Nr. 13 in der Tauenzien-Straße stehenden Brunnen ein kupfernes Rohr gewaltsamer Weise abgetrennt und entwendet.

Seitens der hiesigen Stadt-Bau-Deputation werden vom 20. bis incl. 25. Januar bei öffentlichen Bauten beschaffet: ein Maurergesell, 13 Zimmergehilfe und 71 Tagearbeiter.

Angekommen: Fürst v. Haffeldt aus Trachenberg; Herzog v. Holstein-Augustenburg.

IV. Groß-Glogau, 22. Januar. [Militärisches.] Marktverkehr und Kommunales. — **Musik.** — **Verschiedenes.** Die Demobilisirung des Ponton-Regiments der 5. Pionnier-Abtheilung im Kanonnenquartier Breslau — eine halbe Stunde von hier — geht nun in diesen Tagen auch vor sich, da der öffentliche Verkauf der Trampferde, täglich 40 bis 50 Stück, auf hiesigem Festungs-Platz künftigen Montag als den 27. beginnt und bis Ende d. M. fortgesetzt wird. Mit dem Verkauf von Landwehr-Kavallerie-Pferden wurde schon früher begonnen. Zum 26. d. Mts. sollen die schon früher seit langen Jahren hier gestandenen Rekruten der 6. Linien-Infanterie-Regiments wieder bleibende Garnison hier nehmen. Dasselbe soll in Bezug auf Posen mit dem 18. und 19. Linien-Infanterie-Regiment tauschen, wobei auch die hier stehenden Mannschaften des 5. Linien-Infanterie-Regiments abgehen werden, sobald das 6. Linien-Infanterie-Regiment wieder hier eingerückt sein wird.

Behufs Regelung des Wochenmarkts: Verkehrs (Diensttag und Freitag) ist in Folge der Beschlüsse der städtischen Behörden vom 3. und 17. Juni v. J. und durch Bestätigung der königlichen Regierung zu Posen, unterm 19. v. Mts. festgestellt worden, daß 1) der Wochenmarkt - Verkehr im Allgemeinen auf die im § 78 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 bezeichneten Gegenstände sich beschränkt, dagegen 2) mit Ausschluß auswärtiger Verkäufer denjenigen hiesigen Händlern und Handwerker, welche nach hiesiger Orts-Gewohnheit bis jetzt den Wochenmarkt mit ihren Waaren beziehen, diese Befugnis auch fernerhin und zwar bis zu ihrem Absterben oder bis zu ihrem Ausziehen oder bis zu dem Zeitpunkt, wo der eine oder der andere von ihnen freiwillig diese Befugnis aufgibt, gewährt bleiben; 3) diese ad 2 erwähnte Befugnis ist als ein rein persönliches zu erachten, und darf daher weder an Dritte noch an Erben oder hinterlassene Wittwen übergehen; 4) endlich wird diese Befugnis auch für erloschen angesehen, wenn der betreffende Händler oder Handwerker länger als ein halbes Jahr von derselben keinen Gebrauch gemacht hat.

In der morgenden öffentlichen Sitzung des Gemeinderathes kommt unter Anderem ein Rekrut der königlichen Regierung vom 5. d. Mts., wegen interimistischer Bildung des Kreis-Ausschusses und des Bezirksrathes zur Verhandlung. Nur schade, daß die Verhandlungen des Gemeinderathes in den beiden Lokalitäten keine Veröffentlichung finden, wie dies früher bei den Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlungen der Fall war, denn auf dem Wege der mündlichen Uebersetzung möchte nicht hinlänglich dem Zweck der Öffentlichkeit entsprochen werden, da leider auch von hier gesagt werden muß, daß das Interesse des Publikums an den öffentlichen Verhandlungen der Räter der Stadt nicht sehr, sondern abgenommen hat.

Künftigen Sonntagabend steht uns ein hoher musikalischer Genus bevor, indem es dem gemeinsamen Streben der betreffenden Vereine trotz nicht geringer Hindernisse gelungen ist, die schon seit längerer Zeit vorbereitete Aufführung von Mendelssohns „Athalie“ möglich zu machen. Nach den ersten Proben zu urtheilen, dürfte dieses klassische Werk des leider so früh verstorbenen Meisters auf eine würdige, gebührende Weise ausgeführt werden, wie es von dem Fleiße und der Ausdauer der nicht unbedeutenden Vereinskörper nicht anders zu erwarten steht. Ueber den Ausfall der Aufführung später eine kurze Mittheilung. — Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unerwähnt lassen, daß die Gründung einer städt. Musikkapelle hievor (früher bestand eine solche) in Aussicht steht. Der Mangel eines solchen Instituts hat sich wohl niemals fühlbarer gezeigt, als in jüngst verfloßener Zeit, da in Folge der Mobilmachung der Arme uns auch die Militärmusik verlassen mußte. Öffentliche Concert-Aufführungen, wodurch hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten, so wie der städtischen Armenanstalt alljährlich um diese Zeit nicht unbedeutende Summen zufließen, konnten diesen Winter nicht stattfinden. Herr ic. Wenzel aus Breg, welcher es unternehmen will, obengenanntes Institut zu gründen, zeigte sich mit seiner zum Theil neuergänzten Kapelle in den ersten Proben der „Athalie“ recht wacker. Wir wünschen ihm den besten Erfolg! — Somit können wir nun auch versprochenemmaßen in Kürze der Aufführung des „Propheten“ durch die Kellersche Schauspiel-Gesellschaft entgegensehen.

Künftigen Montag als den 27. d. Mts. beginnt die fünfte Schwurgerichts-Periode. Die Verhandlungen betreffen: Kinder-morde, Brandstiftungen, 4te und andere Diebstähle und eine in voriger Periode verurtheilte Majestätsbeleidigung.

*** Wohlau, 22. Januar.** [Gemeinderath.] Am 18. d. M. fand die Einführung des hiesigen Gemeinderathes statt. Um 8 Uhr versammelten sich die Mitglieder der früheren und der jetzigen Gemeindevertretung im Rathhause, wo auch der Magistrat erschienen war. Nach Ernennung eines Alters-Vorsitzenden begab sich die Versammlung nach der Kirche, woselbst sie dem Gottesdienste beizuhöhen. Am Nachmittag desselben Tages wurde die erste Sitzung des neuen Gemeinderathes Behufs seiner Konstituierung abgehalten, wobei die Herren Kanצל-Direktor Bartsch und Buchdruckerei-Besitzer Leuckart zum Vorsitzenden und Protokollführer, die Herren Uhrmacher Warmt und Domänen-Mentmeister Schön zu deren Stellvertretern gewählt wurden.

Mannigfaltiges.

(Kassel.) Mitten unter der Gräuelwirtschaft in Kassel scheint sich ein gewisser Humor aufrecht zu erhalten. Ein Herr Gageno, bekannt, weil er Bürgerweib-Führer und Stadtrath war, 25 Mann; als sei bei ihm einwurzelt, begrüßte er sie und sagte, er wolle ihnen unter einer Bedingung mehr geben, als ihm vorgeschrieben sei. Es stände für jeden eine neue Weib, Tabak und Bier bereit; wenn die Herren Batern nun ratheten, so sollten sie sich in die Fenster legen. Da die Fenster des Hauses aber auf die Königsstraße hinaus gehen und die Fenster daran fortwährend vorüber müssen, so wurde dem Hrn. Gageno des anderen Tages die ganze Bequartierung wieder genommen. Ein Hr. Dehn-Kochkeller bekam 12 Mann; als diese

ankamen, gab er ihnen ein tüchtiges Krüßküß, Mittags nahm er sie mit in den König von Preußen, wo Graf Leiningen an der Table d'hôte saß, stellte dreizehn Gendarmen, jedem eine Klappe Mund und später sechs hiesigen Soldaten zum Dessert, und so viel gute Dinge, als zuletzt die Herren Soldaten den gastlichen Wirth und Köchlein hoch leben ließen. Den anderen Tag wurden ihm die Soldaten, weil man bange war, sie würden verschiffet, abgenommen. Ein anderer Bürger ließ seine Gendarmen mit Extra-Post, vierpännig, nach Wilhelmshöhe fahren, wo der Kaiserlich die Wälder springen ließ; durch Zufall traf es sich, daß der Kaiser gerade hinter den zwei Vierpännern fahren mußte; dieser glaubte nun, es sei ihm zum Verrath gehen. Den anderen Tag wurden die Soldaten, auch diesem Bürger abgenommen.

(Posen.) Zu denen, welche ihr Geld zur Zeit der Unruhen im Jahre 1848 nicht sicher zu verwalten verstanden, gehörte auch der Gerichtsschulze in Bielkowo bei Mieszkow, ein Pole. Er besaß die Summe von 450 Thlr., und diese bewahrte er in seinem Garten in einer leeren Bienenbeute (Bienenstock), wofür sie ihm, und ließ selbige als ungebracht mit dem darin befindlichen Gelde dastellen liegen. Am Ende vorigen Jahres, am Weihnachtstage, stahl ihm ein, nach dem Gelde zu sehen, und findet er es auch nach an diesem Orte vor, aber die Geldbeute nicht mehr so blank wie ehemals, sondern durch die Einwirkung der Luft und des Wetters mit Schimmel überzogen. Er giebt sich nun die Mühe das Geld durch Pugen wieder blank zu machen, und zieht zu diesem Geschäft seine 10jährige Tochter zu. Diese hat aber gegen die Dienstung nicht reinen Mund gehalten, und von letzterer wurde das hiesige Geld unbekannt aus dem Besuche weggenommen, in einen Korb, gefüllt und im Lager-Walde vergraben. Als nun der Schulze später sein Geld nicht mehr fand, hatte er zwar als die Magd Verdacht, doch nicht begründet genug, um Schritte gegen sie zur Wiedererlangung zu thun. Es gelang indeß das Geld wieder habhaft zu werden, denn die Magd, welche mit dem Sohne des Schulzen eine Viehhäute hatte, gestand letztem bei vertraulichem Umgange, daß sie das Geld genommen, und auch wo es verwahrt liege. Man fand es auch im Lager-Walde an bezeichneter Stelle vor, nur 7 Thaler fehlten zur vollen Summe.

(Frankfurt a. M.) (Großherzogthum Hessen.) Im Januar. In Treßchen, an der schlesischen Grenze, ließ ein Bauer eine Kuh schlachten und ließ sich mehrere Freunde ein, um bei einem Quasi Bratennacht die Leber der Kuh zu verzehren. Am ersten Bissen, den der Gastgeber in den Mund steckte, verfiel sich derselbe so, daß er auf der Stelle seinen Geist aufgab.

Die Neue Berliner Musikzeitung, herausgegeben von G. Bock, tritt jetzt in ihren fünften Jahrgang. Das Blatt, mit Fleiß, Emsigkeit, vielseitiger Sachkenntnis redigirt, hat sich in der ganzen Zeit seines Erscheinens zur Aufgabe gestellt, die bevorstehenden Ereignisse, Ercheinungen und Ereignisse in der Kunst, ausserdem zu verfolgen, und den Leser in fortwährender Kenntnis über dieselben zu erhalten. Es hat (leider ein seltener Ruhm in der jetzigen Zeit), ohne die Vermittelung der Billigkeit und des Wohlwollens schroff zurückzuweisen, doch den Geist, die Gewissenhaftigkeit des gerechten Urtheils beibehalten, und das traurige Schicksal der meisten Tagesblätter vermeiden, eine fortwährende Eile und Eile des Lesers zu sein, nach Umständen eine glänzende, blendende, oder gar eine aufwühlende, vergiftende, verfallende Zustände der Tagesliteratur, daß ein solcher Ruhm in der That zu den seltensten gehört, während er doch das erste Erfordernis, die Grundbedingung der Berechtigung zur Existenz eines Journals sein sollte. Um so größer ist aber auch der Werth, den man gerade darauf zu legen hat. Inzwischen empfängt der Leser, den man abgeben, durch die große Anzahl besprochenen Musikwerke, die Vollständigkeit der Nachrichten aus dem ganzen Gebiet der Musik, so weit europäische Bildung sich verbreitet hat, auch eine Fülle des Stoffes, die ihm vollkommen sein muß; die Namen der gelehrtesten Arbeiter in der musikalischen Literatur, welche dem Journal ihre Kräfte widmen, bürgen ihm für die geist- und talentvolle Auffassung der Dilettanten, denn das Blatt fortzuführen, ein treues, hares, reichhaltiges Spiegelbild der musikalischen Fortbildung und der sich daran knüpfenden Ercheinungen zu sein, und somit das Kultur seines Bestehens so ehrenvoll vollenden, wie es die ersten vier Jahresabtheilungen, desselben zurückgelegt hat. L. Neßlab. (B. J.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ Breslau, 24. Januar. [Kaufmännisches.] In der gestrigen Versammlung des „Kaufmännischen Vereins“ wurden zunächst einige Ercheinungen vorgenommen. Die Versammlung wählte zu Mitgliedern des Ausschusses: im Kreisgericht Herrn Redlich; am Neumarkt Herrn Krich; im Oberbezirk Herrn J. D. Schmidt; im Merdebezirk Herrn Helm. — Die Beaufsichtigung der Lehrlinge in den Unter-

Theater-Repertoire.

Sonntag, den 25. Jan. 24te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. „Hagenkreutz.“ Poffe in 5 Aufzügen von H. Kogebue. Sonntag, den 26. Januar. 25te Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen. Zum 20. Male: „Der Tropfen.“ Große Oper mit Tanz in fünf Akten, Musik von Meyerbeer.

Sonabend den 1. Februar Theater-Redoute

maskirt und unmaskirt Ball. — Die Restauration haben die Herren Anton Hübner, Weinbändler, und Alexander Herrmann, Besitzer des Tempelgartens, übernommen. — Billets à 1 Rthlr. sind von heute ab im Theater-Bureau zu haben. Vielleicht ausgeprochenen Wünschen zu genügen, zumal ein großer Theil der Bous bereits eingegangen, soll noch an den 3 Tagen: Freitag den 31. Januar, Sonabend den 1. Februar und Sonntag den 2. Februar d. J. eine festgesetzte Anzahl Bous verkauft werden. Diese Bous sind für 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern für die noch übrigen Vorstellungen des Abonnements von 70 Vorstellungen in den Monaten Januar, Februar, März 1851 gültig.

(Stadt-besondere Meldung.)

Zobanna Sachs. Moritz Knopf. Verlobte. Sobrau D. S., den 23. Januar 1851.

Entbindung-Anzeige. (Stadt-besondere Meldung.) Gestern wurde meine liebe Frau Sophia, geb. Kasper, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden. Neisse, 24. Januar 1851. Zidori Preiß.

Berichtigung. In der gestrigen Zeitung soll es in der Todes-Anzeige des Kralen von Falkenstein 75 statt 45 Jahre heißen.

Montag den 27. Januar im Saale des blauen Hirsches 2te musikalische Soirée des Professor Serrais, Bassänger aus Brüssel. Billets sind in den Musikalien-Handlungen zu haben.

Kapitals-Gesuch. 3000 Thlr. zu 5 pCt. Jinsen werden auf ein hiesiges neugebautes Haus gegen gänzlich hypothekarische Sicherheit für einen höchst pünktlichen und realen Zinszahlung baldigst gesucht. Näheres ertheilt W. Schellengrebel, am Schauer Stadtrath Nr. 19.

2000 Thlr. werden ohne Einmischung eines Dritten zur ersten Hypothek auf ein landliches Grundstück, welches gerichtlich über 9000 Thlr. gewürdigt worden. Herr Kaufmann Simon, Weidenstraße, zur Stadt Paris, nimmt darauf bezügliche Anzeigen bereitwillig an.

Gesucht wird. Fernin Oßner eine Wohnung nahe dem Blücherglas von 1 Stube, Alkove, Kochstube und Beigelaß, im ersten oder zweiten Stock vorn. Adressen sind abzugeben Neustadt Nr. 65, im Speerei-Gewölbe.

richtigst wurde für die nächsten 14 Tage den Herren Kar Straß, R. Sturm, Neger und B. B. anvertraut. Nach einer dem Verein gemachten Mittheilung soll denjenigen Kaufleuten, welche jährlich mehr als 6000 Thlr. versichern, ein Rabatt von 1 Cent zu Theil werden, während sie früher nur halbjährigen Kredit bei der Steuerbehörde beanspruchen konnten. Der Verein erblidete hierin eine Benachtheiligung der kleineren Kaufleute und ernannte eine Kommission zur Prüfung dieser Angelegenheit in den Herren R. Sturm, Lode und J. W. Flegel.

Herr Stille machte die Mittheilung, daß die hiesigen Tabakshändler sich heute verammeln, um gegen das österreichische Zollverwaltungs-Projekt und die damit in Verbindung stehende Einführung des Tabak-Monopols im übrigen Deutschland zu remonstriren.

Herr Neugebauer theilte einen Auszug aus dem neuesten Jahres-berichte der hiesigen Handelskammer, auf den wir später noch einmal zurückkommen.

Insertate.

Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Mit dem Ablauf des Jahres 1850 sind die den Renten-Versicherungen für die Jahres-Gesellschaft 1840 beigegebenen Coupons abgelaufen, und es sollen daher nunmehr, in Gemäßheit des § 27 der Statuten neue Coupons und zwar für die nächsten zehn Jahre pro 1851 — 60 ausgegeben werden. — Die Inhaber von Renten-Versicherungen der Jahres-Gesellschaft 1840 fordern wir in Folge dessen hierdurch auf, diese Renten-Versicherungen bei den betreffenden Haupt- oder Spezial-Agenten der Anstalt oder bei unserer Hauptkassette in Berlin (Mohrenstraße Nr. 59) gegen Empfangs-Bestätigung abzuliefern, und demnach innerhalb dreier Monate mit den beigegebenen neuen Coupons, gegen Zurücklieferung der mit Quittung zu versehenen Bestätigung, wieder in Empfang zu nehmen. — Sollte die Auslieferung der neuen Coupons durch die betreffenden Agenten nicht binnen drei Monaten, von der Einlieferung der Renten-Versicherungen an gerechnet, erfolgen, so liegt es den Interessenten ob, hiervon binnen weiterer 4 Wochen der Direktion Anzeige zu machen, widrigenfalls die Interessenten sich etwa entstehende Nachteile und Verzögerungen selbst zuschreiben haben. Zugleich fordern wir die Interessenten auf, ihre Renten-Versicherungen bei den Agenten zeitig einzureichen, da vom 1. Juni d. J. ab alle zu diesem Zweck noch einzureichenden Renten-Versicherungen nur noch unmittelbar an die Direktion und zwar auf Kosten der Interessenten eingesandt werden können.

Berlin, den 13. Januar 1851.

Direktion der Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Breslau, 24. Januar 1851. C. S. Weiss, Haupt-Agent.

Nachruf an Elisabeth Berndt.

So ist's denn wahr! Kaum konnten wir es glauben, Daß dich der Tod aus unserm Mitte raubte! — Du bist nicht mehr! Es zuckt der Schmerzgeanke Durch jedes Herz, das dich gekannt, — geliebt. Dein liebes Auge, ach es ist erloschen! Die Wangen der Jugendzeit entleert! Und deine Hand, die fleißig schaffte und wirkte: Sie ist erstarrt. — Dein Herz, es schlägt nicht mehr, Das Herz, in dem die reinste Unschuld wohnte Und frommer Sinn und wahre Kindlichkeit. — Du ruhest im Grab, ach, wenn der Tod die Thränen Verschanden, und die Liebe, — o dann lebtest Du wieder auf! Allein es ist unmöglich. Doch nur der Leib starb, und dein edler Geist Lebt dort im seligen Freudenreich des Lichtes! Das sei uns Trost, das tröste Vater, Mutter, Dem mit dir die schönste Freud entwich. Elisabeth! Schau leugend auf uns nieder! Kein Tod reißt dich aus unsern treuen Herzen! — R. S.

No. 1 des am 1. Januar c. begonnenen Fünften Jahrgangs der interessanten

Neuen Berliner Musik-Zeitung,

herausgegeben von G. Bock, im Verein theoretischer und praktischer Musiker.

wurde am 22. c. ausgegeben; jeden Mittwoch erscheint eine Nummer. Man abonniert jährlich mit 5 Rth., halbjährlich mit 3 Rth. und ist berechtigt, sich für diese vollen Beiträge neue Musikalien aus unserm Verlage zu wählen; ohne diese Berechtigung jährlich mit 3 Rth., halbjährlich mit 1 1/2 Rth. Abonnements nehmen alle Buch- und Musikhandlungen und königl. Post-Anstalten an.

Ed. Bote & G. Bock, (G. Bock) königl. Hof-Musik-Händler.

In der Albert v. Benedikt'schen Buchhandlung in Wien ist erschienen und in Breslau bei Graf, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Der vollkommene und jederzeit glückliche Angelfischer.

Enthaltend: Eine praktische Anleitung zum Angeln nach den neuesten und zweckmäßigsten, in England und Deutschland üblichen Methoden, mit Angabe aller Angelfarten, besonders der neuesten mit der künstlichen Fliegen; ferner eine deutliche Anweisung, alle Arten bisher geheim gehaltener Köder und Lockstoffe zu machen, um die Fische aus der Ferne anzulocken und mit den bloßen Händen zu fangen.

Mit einem Anhang, wie Krebse auf verschiedene, leichte und belustigende Weise zu fangen und zu mästen sind.

Von Henry Audley.

N. S. 1850, elegant broschirt. Preis nur 9 Sgr.

In Oppeln bei Graf, Barth u. Comp., in Brieg bei Ziegler.

Jugend-Beitung.

Bei Schmidt und Springer in Stuttgart erscheint soden das

Januar-Heft

des deutschen Jugendfreundes,

Zeitschrift

für Unterhaltung und Veredlung der Jugend,

herausgegeben von

Franz Hoffmann,

Jahrgang 1851.

Jeden Monat erscheint ununterbrochen ein Heft, bestehend aus 3 Bogen Text mit 2 schönen schwarzen Bildern und einem schön kolorierten Bild.

Drei Hefte bilden ein Quartal

zu dem Preise von nur 1/2 Thlr.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und führen auf Verlangen das Jahrbuch zur Einsicht mit, in Breslau und Oppeln Graf, Barth und Comp., in Brieg Ziegler's Buchhandlung.

Oberschlesische Eisenbahn.

Nach der uns von der Direktion der „Kaiser-Ferdinands-Nordbahn“ in Wien ertheilten Genehmigung bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß bei unserer Billetts hier fernerhin zur Bequemlichkeit der Reisenden nach Wien und Brünn, Kragbilletts der „K. pr. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn“ nach Wien und Brünn ausgegeben werden. Die Fahrpreise sind wie folgt festgesetzt und in f. t. österreichischen Banknoten zu zahlen.

Von Obergberg nach Wien I. Klasse 12 Gld. 30 Kr.
II. Klasse 9 „ 28
III. Klasse 6 „ 15
Von Obergberg nach Brünn I. Klasse 9 „ 50
II. Klasse 7 „ 28
III. Klasse 4 „ 55

Für die von hier bis Obergberg erforderlichen Billets werden nach den in unserer Expeditionen einzusehenden Taren in preussischer Courant erhoben: in I. Klasse 5 Thlr. 18 Sgr. — II. Klasse 4 Thlr. 2 Sgr. — III. Klasse 2 Thlr. 25 Sgr.

Breslau, den 23. Januar 1851.

Das Direktorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

